

OFTRINGEN

Wendepunkt baut für Multikulti-Gesellschaft

55 Mietwohnungen baut die Stiftung Wendepunkt neben ihrem Oftringer Standort bis im Herbst 2020. Kürzlich war Spatenstich für das neue Mini-Quartier «Wendepark» am Parkweg, das zwei Gebäudeflügel mit je vier Stockwerken, einen Innenhof, Spielplätze sowie Gemeinschafts- und Arbeitsräume beinhalten wird.

Das Sozialunternehmen mit Hauptsitz in Muhen möchte mit der Wohnüberbauung «ein respektvolles Zusammenleben von Generationen und Ethnien aus unterschiedlichen sozialen Gesellschaftsschichten und deren Austausch untereinander fördern», wie es in einer Mitteilung schreibt. Ziel sei, dass in Zukunft weitere Überbauungen nach diesem Modell entstehen. Die Wohnungen verfügen über 2½ bis 5½ Zimmer und sollen dereinst das Zuhause für rund 150 Personen werden, so die Stiftung. «Junge und ältere Personen, Singles, Paare, Alleinerziehende und Familien werden in einem gemeinschaftsfördernden Umfeld leben. «Der Wendepark ist mehr als nur ein Wohnort», sagte Geschäftsleiter Sascha Lang anlässlich des Spatenstichs. «Wir wollen einen integrativen Lebensraum schaffen, wo sich Wohnen, Arbeiten und Gestalten des Zusammenlebens verbinden.»

So sollen natürliche Begegnungszonen, Laubengänge, Spielplätze und ein begrünter Innenhof das Vernetzen zwischen den Mietern fördern und für eine kinderfreundliche Umgebung sorgen. Im Komplex gibt es dereinst Angebote für Coworking und Kleingewerbe. Die Bewohner können Angebote der Stiftung Wendepunkt gleich gegenüber nutzen. Die Wohnungen können voraussichtlich im letzten Quartal 2020 bezogen werden. (FDU)

Die neue Spitex stellt sich vor

Die Spitex Lindenpark des Oftringer Alterszentrums Lindenhof übernahm am 1. Mai die Spitex-Dienstleistungen in der Gemeinde Holziken.

VON ALFRED WEIGEL

«Nur wenige Spitex-Organisationen bieten einen 24-Stunden-Service», sagt Ralph Bürge, Geschäftsführer des Oftringer Alterszentrums Lindenhof an der Generalversammlung des Gönnervereins Spitex-Altersbetreuung Holziken. Die Nachfrage bei Pflege und Betreuung älterer Menschen wandelt sich. Der Mensch will mit seinem gesamten

«Wir haben uns ein genaues Bild gemacht und wir sind überzeugt, die beste Lösung gefunden zu haben.»

JACQUELINE HAUSMANN
FRAU GEMEINDEAMMANN HOLZIKEN

sozialen Beziehungsnetz mitten im Leben bleiben. Der Bezug individueller Dienstleistungen ermöglicht dies über einen langen Zeitraum. Seit dem 1. Mai stellt die Spitex Lindenpark des Alterszentrums Lindenhof Oftringen die Spitex-Dienstleistungen in Holziken sicher.

Vier Mitarbeiter für Holziken

Holziken ist nicht die einzige Gemeinde, die Leistungen der «Lindenhof»-Spitex Lindenpark bezieht. Erfahrungen mit anderen Gemeinden sammelte die Spitex bereits mit Aarburg. An einer weiteren Expansion arbeiten die Oftringer Spitex-Verantwortlichen und haben sich die Bewilligung auch für



Gemeinderätin Uschi Dätwyler (l.) und Frau Gemeindeammann Jacqueline Hausmann (r.) überreichen Ralph Bürge und Esther Scheurmann jeweils ein Geschenk zur erfolgreichen Einführung der Spitex-Dienstleistungen in Holziken.

ALFRED WEIGEL

die Kantone Bern und Solothurn geht. Mit Alexa Roesch als Ansprechperson betreuen zukünftig vier Mitarbeitende die Pflege- und Betreuungsbedürftigen in Holziken, bei Bedarf wird das Personal aufgestockt. Für einen effizienten Einsatz ist Kontinuität wichtig. Von Ausnahmen abgesehen führten Pflege und Betreuung immer die gleichen «Gesichter» aus, sagte Ralph Bürge. Die regulären Einsätze beginnen um 6 Uhr morgens. «Wir haben uns ein genaues Bild gemacht, der gewählte Spitex-Dienstleister lässt keine Wünsche offen, und wir sind überzeugt, die beste Lösung gefunden zu haben», begründet die Holziker Frau

Gemeindeammann Jacqueline Hausmann die Entscheidung im vollen Holziker Gemeindefsaal.

Der Gönnerverein Spitex-Altersbetreuung Holziken zählt aktuell 200 Mitglieder. Die Generalversammlung genehmigt den gleichbleibenden Mitgliedsbeitrag von 35 Franken für Einzelmitglieder und 50 Franken für Familien beziehungsweise Partnerschaften. Aufgrund höherer Aufwendungen im Bereich Kostenbeteiligung am Mahlzeitendienst und tiefere Todesfallkollektiven weist die Jahresrechnung des Gönnervereins ein Minus auf. Das Vermögen verzeichnete daher eine Abnahme um 2160 Franken auf 4819 zum Jahresende

2018. Da der Verein im Jahr 2019 einen grösseren Betrag in der Form eines Legats erwartet, beantragte der Vorstand, allfällige Aufwendungen über dem Budget im Bereich der Spitex-Pflege vom Vereinsvermögen zu übernehmen. Dies wurde einstimmig bewilligt.

Verabschiedet wurde die bisherige Spitex-Mitarbeiterin Karin Adamczewski. Zusammen mit Alexa Roesch führte sie das gemeindeeigene Spitex-Modell ab 2013. Von der «Lindenhof»-Küche konnten sich die anwesenden Mitglieder des Gönnervereins Spitex-Altersbetreuung Holziken beim Nachtessen überzeugen, das nach der Generalversammlung serviert wurde.

Leserbriefe

Der lange Kampf um günstige Tarife

Zum Artikel «Das GA soll massiv teurer werden», in der Ausgabe vom 9. Mai. Mit mehreren Massnahmen will der ÖV-Branchenverband das Zufahren verteuern. Schon wieder - alles wie gehabt, aber jetzt zum dümmsten Moment: Die Klimadiskussion ist in vollem Gang, für sinnvolle Distanzen der Umstieg vom Flugzeug auf die Bahn eine wünschenswerte Alternative. Dass im Zentrum nun eine Verteuerung des GA steht, bezeichnet der ZT-Kommentar zu Recht als «Mobbing gegen Vielfahrer».

Die GA-Fahrer verzichten häufig ganz aufs Auto und leisten - wie alle ÖV-Benutzer - einen Beitrag zum Umweltschutz. Es kann nicht sein, sie erneut mit höheren Preisen zu strafen. Anfang der 1980er Jahre stiegen die Billettpreise stetig. Der Unmut war gross, das Waldsterben half mit. Als Folge der von mir 1985 lancierten parlamentarischen Initiative für halbe Preise beschloss das Parlament das 100-Franken-Halbtaxi-Abonnement, womit faktisch halbe Bahnpreise resultierten. Mit vielen seitherigen Tarifrevisionen und einem Anstieg des Halbtaxibaus auf 185 Franken gingen die Preise wieder stetig aufwärts - stärker jedenfalls als die Auto-Fahrkosten. Nun müssen Öffentlichkeit und Politik wieder energisch Gegensteuer geben. Billettpreise - und damit generell auch das GA - dürfen nicht weiter verteuert werden!

Silvio Bircher ehem. National- und Regierungsrat SP, Aarau

Vorauselender Gehorsam

Sind wir gerade daran unsere Freiheit einer vermeintlichen Sicherheit zu opfern? Am 19. Mai geht es in jedem Fall darum, antiföderalistischen und zentralistischen Strömungen nachzugeben. Gestern war es die Selbstbestimmung, heute geht es um unsere schweizerische Schützentraktion und um unser freiheitliches Waffenrecht. Peanuts, mögen einige denken. Doch morgen geht es dann um die Träger der Taschenmesser, dann um die Hundehalter und Pilzleser, später um die Autobesitzer und am Ende geht es um die Demokratie selbst. Im Westen sieht man schon die ersten Gilets jaunes: Liberté, Égalité, Fraternité! Eine Minirevolution gegen die bestimmenden Eliten, welche darüber befinden wollen, was gut für uns ist, um dabei aber vor allem an sich selbst zu denken. Noch sind wir im Vorteil. Wir können das

Übel an der Urne abwenden; ein Privileg, zu welchem wir Sorge tragen müssen. Immer wieder erklärt man uns, dass es um den Wirtschaftsstandort Schweiz geht, um die Wirtschaftlichkeit der Boni in den Teppichetagen, damit die international kontrollierten Konzerne ein paar Pillen mehr in die EU verschachern können. Ob wir deshalb jetzt noch die Steuern dafür senken sollen, sinnigerweise auch am 19. Mai? «Dublin» funktioniert ja einzig, wenn nur wenige Wirtschaftsmigranten nach Europa strömen. Und «Schengen» wird jedes Mal dann ausser Kraft gesetzt, wenn «Dublin» gerade nicht wirklich funktioniert. Wir sollten uns nichts vormachen. Schon vor «Schengen» durften wir problemlos ins Ausland reisen, aber die Güter stauen sich heute an der Grenze wie eh und je. Die Union wird nicht auf unsere zentraleuropäische Mitarbeit bei der Verbrecherfahndung verzichten, nur weil wir längere Magazine dulden und uns dabei selbst vertrauen. Somit zweimal Nein am 19. Mai. Patrick Vogt Brittnau

Tragen wir Sorge zur Vereinskultur in unseren Gemeinden

Schützinnen und Schützen im ganzen Land engagieren sich für ein Nein am 19. Mai zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie. Die EU-Waffenrichtlinie trifft nämlich die Falschen. Mit deren Übernahme würden unter anderem über 80 Prozent der heute im Schiesssport verwendeten Waffen zu verbotenen Waffen. Je näher jedoch der Abstimmungs-sonntag kommt, je mehr versuchen gewisse Leute, Schützinnen und Schützen bewusst in ein schlechtes Licht zu stellen, und machen so auf dem Rücken der Schützen Stimmung für die EU-Waffenrichtlinie. Dies ist mehr als ungeheuer. Schützinnen und Schützen sind Frauen und Männer, Mütter und Väter,

Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen, Nachbarn, jung und alt, tätig in allen Berufsgattungen, daheim in allen vier Landessprachen der Schweiz, in der Stadt und auf dem Land. Tausende von Ehrenamtlichen engagieren sich in den Schützenvereinen für die Vereinskultur in unseren Gemeinden. Was wären unsere Gemeinden ohne die verschiedensten Vereine? Tragen wir Sorge dazu. Nein zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie.

Christoph Riner Zeihen, Grossrat SVP

Wohlstand?

Politiker sagen: «Wir wollen den Wohlstand erhalten!» Was ist eigentlich Wohlstand? Ist das etwas für alle oder nur für Politiker und eine bestimmte Gesellschaftsschicht? Oder ist er der Preis zum Verkauf der eigenen Meinung? Zum Wohlstand gehört die gesicherte AHV, auch für die heute Geborenen. Es muss nicht sein, dass die jungen Arbeitnehmenden immer mehr bezahlen müssen. Ist es so schwierig, die AHV quer zu finanzieren? Die Ursachen des Stellenabbaus sollten zur Sicherstellung der AHV und IV genutzt werden. Zum einen ist das die faszinierende, schon fast beängstigende, moderne elektronische Technik. Beim Kauf eines iPhones, mit einem Verkaufswert bis 500 Franken wäre ein Beitrag von 5 Franken, ab einem Verkaufswert ab 501 Franken ein Beitrag von 1 Prozent möglich. Davon betroffen wären Geräte der modernen Technik vom iPhone über Computer, Roboter, Drohnen, selbstfahrende Fahrzeuge etc. Ausgenommen von diesen Abgaben blieben die Sparten des Gesundheitswesens, wie Spitäler und Ärzte. Zum Stellenabbau sind meistens auch Verwaltungsratspräsidenten, Verwaltungsräte, CEOs, Manager verantwortlich. Dass Top-Verdiener, gemäss AHV-Vorlage, einen grösseren Beitrag an die AHV leisten, ist gerechtfertigt.

Sollte es so weit kommen, dass Cannabis & Co. legalisiert werden, muss auch hier ein Beitrag an die AHV geleistet werden.

Wohlstand ist auch die Selbstbestimmung in unserem Land. Wenn die EU droht, wenn wir ein Gesetz nicht nach ihrem Gusto annehmen, dass dann die Schweiz aus dem Schengen-Abkommen fliegt, ist schlichtweg Nötigung. Und das von der EU, die sich mit sozialem Denken privilegiert. Wie verhält sich wohl das europäische Menschenrecht mit solchem «Machtausüben»?

Wohlstand wäre auch, wenn die Zugehörigkeit zu einer Partei nicht mehr in den Vordergrund gestellt würde und die Politiker untereinander seriös über eine Sache diskutieren könnten. Wohlstand wäre auch, wenn die Stimmbürger die Möglichkeit hätten, über jede Gesetzesvorlage einzeln abstimmen zu können und nicht «Buebetrückli» angewendet werden, um über mehrere Gesetze eine Entscheidung zu erzwingen.

Wohlstand ist auch, die Menschen in jeder Gesellschaftsschicht zu akzeptieren und gerecht zu entlohnen und nicht von jeder und jedem den Besuch einer Universität zu verlangen. Wohlstand wäre auch, wenn die Arbeitnehmenden keine Bedenken mehr haben müssten, dass ihr Job dem Wohlstand zum Opfer fallen wird und sie ihre Anstellung behalten können. Wohlstand bedeutet noch viel mehr, und nicht zu verwechseln mit Luxus. Etwas weniger und besser verteilt, wäre manchmal mehr Wohlstand.

Hedy Däster Riken

SPIELREGELN VOR DER ABSTIMMUNG

Leserbriefe für die Abstimmungen vom 19. Mai sind **bis Montag, 13. Mai, 12 Uhr**, einzusenden. Die maximale Grösse beträgt 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Bitte Namen, Adresse und Telefonnummer angeben und per E-Mail an ztredaktion@ztmedien.ch schicken.

INSERAT



«Mit dem JA zum Waffenrecht verbleiben wir im Verbund von Schengen/Dublin. So werden wir vor Mehrfach-Asylanträgen bewahrt, was uns 270 Mio. Franken spart.»

Maja Riniker,
Grossrätin FDP
Suhr

waffenrecht-schengen-ja.ch